

Dr. Frank Jost

Vielfalt leben – Welche (Stadtentwicklungs-)Politik brauchen wir?

Bericht vom vhw-Verbandstag 2013 am 14. November 2013 in Berlin

Zum Verbandstag 2013 des vhw unter dem Motto „Vielfalt leben – Welche (Stadtentwicklungs-)Politik brauchen wir?“ kamen am 14. November ca. 200 Gäste in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften am Gendarmenmarkt in Berlin-Mitte. Hintergrund der Thematik ist der für viele Beobachter unbestrittene Befund, dass zur Überwindung der auseinanderstrebenden Kräfte der Gesellschaft und des Vertrauensverlustes in die Politik eine neue Beteiligungs- und Kommunikationskultur als unverzichtbar gilt. Dies trifft insbesondere für die kommunale Ebene zu, wo sich die gesellschaftlichen Entwicklungen bündeln. So steht die weitere Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaften in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den Zielen der sozialen Kohäsion der Gesellschaften – und damit letztlich auch zum Anliegen der Stärkung der lokalen Demokratie in der Stadtentwicklung. Die Veranstaltung wurde moderiert von Barbara Kostolik vom Bayerischen Rundfunk.

Annäherung an die Wirklichkeit

Ausgangspunkt des Vortrags von **Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw, zum Thema „Was hält die Stadtgesellschaft zusammen?“ war eine zunehmende soziale Selektion im Bereich der politischen Partizipation. Einkommensschwache und bildungsferne Bürger brächten ihre Interessen immer seltener in das politische Geschehen ein. Damit bleibe die Vielfalt der Stadtgesellschaft in diesen Prozessen auf der Strecke. Diese marginalisierten Gruppen in die lokalen Prozesse einzubeziehen sei für all jene, für die Stadtentwicklung mit dem Bürger das Wiedergewinnen von Vertrauen und die breite Koproduktion von Gemeinwohl bedeutet, die zentrale Herausforderung.

Zwei zentrale Leitfragen stehen für ihn im Vordergrund: „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ und „Wie viel Vielfalt trägt die Stadt?“. Vielfalt könne dabei sowohl als Chance als auch als Bedrohung empfunden werden. Im Zentrum der politischen Diskussion stehe deshalb die Frage: „Wie viel Gleichwertigkeit wird verschiedenen Gruppen zugebilligt?“ Vor diesem Hintergrund unterstrich Kurz insbesondere einen notwendigen Perspektivwechsel weg von einer stark normativen Sicht auf die Dinge hin zu – in Anlehnung an Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen!“ – einer Annäherung an die Wirklichkeit. Wir müssten uns deshalb mit der Vielschichtigkeit und der Vielfalt in der Gesellschaft auseinandersetzen.

Im Rahmen des vhw-Städtenetzwerkes sei für die soziale Kohäsion vor Ort bedeutsam, dass sowohl die Vorbereitung und



Abb. 1: Ein würdiger Rahmen für den Verbandstag 2013: die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Gestaltung der Beteiligungsverfahren selbst als auch die dort erzielten Ergebnisse unmittelbare oder mittelbare positive Effekte erzeugen. Diese entstünden in mehreren Phasen des Beteiligungsprozesses und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Inklusion möglichst aller Teile der Stadtgesellschaft,
- Einspeisung aller relevanten Anliegen und Perspektiven,
- themennaher Austausch von Argumenten,
- gemeinsame Kommunikationsbasis,
- wachsendes Vertrauen – nicht zuletzt auch zur Lokalpolitik,
- Umgang mit den inhaltlichen Ergebnissen.



Abb. 2: Dr. Peter Kurz zeigt den Nutzen von Vielfalt für die Stadtgesellschaft an.

Mit Hinweis auf die Leipzig-Charta von 2007 wies Kurz auf die Notwendigkeit von sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion hin. Im Zentrum stehe die integrierte Stadtentwicklung als Instrument für die Umsetzung eines Leitbildes, das beiden städtischen Realitäten – der Stadt als wirtschaftlichem Wachstumsmotor sowie als Kristallisationspunkt sozialer Disparitäten – gerecht werden soll.

Insgesamt werde deutlich, dass lokale Kohäsionspolitik darauf abzielen müsse, den Bürgern ein Vertrauen in die öffentlichen Institutionen zu vermitteln und ihnen eine Chance aufzuzeigen, in der lokalen Gesellschaft ihren Platz zu finden – womit sich der Kreis von der Stadtentwicklungspolitik zu Fragen der Diversität in der Stadtgesellschaft wieder schließe.

Demokratie in Bewegung

Professor Dr. Paul Nolte von der Freien Universität Berlin referierte zum Zustand der Demokratie im Spannungsfeld von Politik und Zivilgesellschaft unter der Überschrift „Demokratie weiter denken“. Hintergrund seines Vortrags war der Befund, dass die Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft zunehme und die bisherigen Spielregeln des demokratischen Gemeinwesens herausfordere. Bezugnehmend auf die aktuell durch einen Volksentscheid abgelehnte Olympiabewerbung für 2022 in Bayern nahm er Stellung zur allgemeinen Debatte über Demokratie und der Erweiterung der repräsentativen Demokratie.

Demokratie sei in Bewegung gekommen – in der Sache und im Nachdenken –, so Nolte. Aufbauend auf den Erfahrungen mit der Demokratie im letzten Jahrhundert – im Positiven wie im Negativen – schien sie in ihrer repräsentativen Variante nach dem Zweiten Weltkrieg unantastbar und „in Stein gemeißelt“. Dieses Modell funktioniere heute so allerdings nicht mehr und werde nicht mehr ohne weiteres akzeptiert. Aktuelle Alternativen zur Demokratie sehe er zwar nicht, trotzdem stellte er einen Trend zu einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch verschiedene Formen einer partizipatorischen Demokratie fest, die oft durch Unzufriedenheiten in der eigenen Lebenswelt genährt würden.

Entpolitisierung – Entorganisierung – Entterritorialisierung

Nolte stellte einen Trend zur Entpolitisierung mit der Facette der Entideologisierung der Gesellschaft fest. Das „Argument des Sachzwangs“ führe u.a. dazu, dass große Teile der Bevölkerung von der politischen Diskussion abgekoppelt seien. Dies berge die Gefahr einer sozialen Grenze des politischen Interesses und der politischen Polarisierung. Darüber hinaus sieht er einen Trend hin zur Entorganisierung der Gesellschaft. Als Folgen der Individualisierung würden bisher gängige Organisationsformen, wie etwa Parteien, immer mehr an Bedeutung verlieren. Dazu fühlen sich unter dem Stichwort „Entterritorialisierung“ – im Sinne von Bedeutungsverlust von räumlicher Distanz für soziale, wirtschaftliche und politische Aktivitäten, Prozesse und Beziehungen – große Teile der Bevölkerung



Abb. 3: Prof. Dr. Paul Nolte: „Demokratie weiter denken!“

nicht mehr an territoriale und politische Grenzen gebunden. Ermöglicht haben dies u.a. neue Verkehrs- und Kommunikationsmittel, aber auch zunehmend etwa mehrere Staatsbürgerschaften oder weite Pendlerbewegungen. Die Frage ist vor diesem Hintergrund: Wo engagiert man sich kommunalpolitisch bei weit entfernt gelegenen getrennten Wohn- und Arbeitsplätzen? Darüber hinaus stellte er eine soziale Randzone am oberen Ende der Gesellschaft fest, die als Elite ohne lokale und territoriale Verwurzelung agiere.

Der Umgang mit Heterogenität und Marginalität würde so zur unbedingten Voraussetzung und zum Problem bei einer neuen Entwicklung von Demokratie. Weil die „homogene Gesellschaft“ der fünfziger und sechziger Jahre so nicht mehr existiere, stünden deshalb Vielfalt und Inklusion auf der Tagesordnung im Spannungsfeld von Politik und Zivilgesellschaft.



Abb. 4: Who is who auf dem Podium? Diskussionsrunde zu den Eckpfeilern zukunftsfähiger Stadtentwicklungspolitik mit Moderatorin Barbara Kostolnik.

Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklungspolitik

Den Einstieg in den Nachmittag bildete eine Podiumsdiskussion zu den Eckpfeilern zukunftsfähiger Stadtentwicklungspolitik mit folgenden Teilnehmern: **Werner Spec**, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg; **Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim; **Michael von der Mühlen**, Stadtdirektor der Stadt Gelsenkirchen; **Eckhard Pöls**, MdB, stellvertretender Vorsitzender der AG Kommunalpolitik und Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hansestadt Lüneburg.

Einleitend registrierte Michael von der Mühlen einen Widerspruch in Form internationaler Ungleichgewichte vor dem Hintergrund der Frage nach wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion – soziale Kohäsion sei deshalb nicht immer gewährt. Mit Blick auf Bund und Länder betonte er: „Die Städte alleine können das auch nicht bewältigen.“ Werner Spec unterstrich, dass eine wirksame Politik auf die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit angewiesen ist – und auch umgekehrt. Dr. Peter Kurz betonte die jeweiligen Spezifika bei der Gegenüberstellung lokaler Rahmenbedingungen. Aus wirtschaftlichen Gründen sei

jedoch ein höheres Maß an Bildungsintegration erforderlich. Eckhard Pöls speiste die Perspektive des Hamburger Umlandes in Form der Stadt Lüneburg in die Diskussion ein, indem er das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt in den Vordergrund stellte.



Abb. 5: Den Blick aufs Wesentliche: mehr Dialog!

Dr. Peter Kurz betonte zum Thema Bildungsgerechtigkeit, dass es einer Ressourcensteuerung im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedürfe. Es bestehe jedoch eine erhebliche Konkurrenz um die Ressourcen, wenn es etwa um den Ausbau der Betreuungskapazitäten der unter Dreijährigen gehe. Denn die Nachfrage sei hier nicht etwa in den benachteiligten Stadtteilen am größten, sondern dort wo der Mittelstand wohnt. Dies führe u.a. dazu, dass die beste Versorgung und die besten Schulen eben nicht in den schwierigen Stadtteilen zu finden sind.

Eine rege Diskussion zwischen Publikum und Podium streifte in der Folge u.a. die Themen Bürgerhaushalt, Umgang mit Armutszuwanderung, Resilienz, urbane Gärten und Klimaschutz. Dr. Peter Kurz betonte zum Ende, dass „Arrival City“ – wie von Douglas Saunders im gleichnamigen Buch formuliert – wir alle seien.

Anleitung zum Widerstand

Den Höhepunkt des Verbandstagsnachmittags bildete eine „Anleitung zum Widerstand“ von Prof. Dr. Harald Welzer von der Stiftung Zukunftsfähigkeit – Futur Zwei. Sein mutmachender Impuls zum Selbstdenken drehte sich um die Frage „Was emanzipiert die Bürgergesellschaft?“ Zum Ende seines Beitrags, der in diesem Heft ab Seite 286 abgedruckt ist, unterstrich er, dass er mit „Widerstand“ im Sinne seines Beitrags nicht etwa Widerstand im sozialromantischen Kontext meine, sondern vielmehr „gegen sich selbst“ im Sinne vom Mitschwimmen und Nichthinterfragen.

Dr. Frank Jost
Wiss. Referent, vhw e.V., Berlin